

---

# Presseinformation



**Freier Verband  
Deutscher  
Zahnärzte e.V.**

**Landesverband Bayern**

Email: [info@fvdz-bayern.de](mailto:info@fvdz-bayern.de)

FVDZ Landesgeschäftsstelle  
Robert Koch Str. 35  
97461 Hofheim i. Ufr.

**FVDZ Bayern geht mit klaren Zielen in die Zukunft**

**Landesverband will geschlossen  
bei der KZVB-Wahl antreten**

**Kloster Banz, 26. April 2010**

**So harmonisch verlief selten eine Landesversammlung des FVDZ Bayern: Die über 50 Delegierten verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der sie die politisch Verantwortlichen in Deutschland dazu auffordern, sich endlich gestaltend der Aufgabe einer nachhaltigen, zukunftsicheren und sozial gerechten Reform des Gesundheitswesens zu stellen. Gemeinsam wurden auch die Ziele für die kommenden Körperschaftswahlen in Bayern festgelegt. Wichtigste Forderung hier an den Gesetzgeber: Die Abschaffung der Hauptamtlichkeit der Vorstände in der Kassenzahnärztlichen Vereinigung. Mit überwältigendem Votum stellten sich die Delegierten hinter ihren Landesvorstand und bestätigten das Team von Dr. Jürgen Welsch für die nächsten zwei Jahre im Ehrenamt.**

Am 23. und 24. April stärkte die bayerische Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) im oberfränkischen Kloster Banz ihrem Vorstand den Rücken. Landesvorsitzender Dr. Jürgen Welsch (Hofheim/Unterfranken) sowie seine beiden Stellvertreter, Dr. Manfred Kinner (München) und Dr. Reiner Zajitschek (Döhlau/Oberfranken), wurden mit überzeugenden Resultaten in ihren Ämtern bestätigt. Ebenso deutlich fiel das Votum für die wiedergewählten Beisitzer Dr. Andrea Albert (Eichstätt/Oberbayern), Dr. Manfred Albrecht (Schillingsfürst/Mittelfranken), Dr. Christian Öttl (München) und Dr. Thomas Sommerer (Markredwitz/Oberfranken) aus. Dr. Alexandra Reil (Tännesberg/Oberpfalz) ist das neue Gesicht im Landesvorstand und ersetzt Dr. Andrea Jehle (Illertissen/Schwaben), die nicht mehr kandidiert hatte.

An einem Strang zog die Landesversammlung auch bei ihren politischen Forderungen. So stellte sie sich hinter die Honorarordnung für Zahnärzte (HOZ) als Basis für die zukünftige Honorierung zahnärztlicher Leistungen. Die E-Card wird weiterhin abgelehnt. Deren Einführung stelle eine unheilige Allianz von Datensammelwut der Kassen, politischem Überwachungsdrang und wirtschaftlichen Interessen einzelner Firmen dar. Der FVDZ fordert auch die Aufhebung des Zuzahlungsverbots. „Mehrkostenvereinbarungen haben sich für Patienten und Zahnärzte bestens bewährt. Neue Festzuschussregelungen oder Selektivverträge wären das falsche Signal zum falschen Zeitpunkt“, heißt es in dem Beschluss der Landesversammlung. Selektivverträge lehnt der FVDZ Bayern aus Gründen des Berufs- und Wettbewerbsrechts und aus Gründen einer sich dadurch verschlechternden Versorgungsqualität für die Patienten generell ab. Sie schränken die freie Arztwahl und die Therapiefreiheit ein und spalteten den Berufsstand.

**Der FVDZ Bayern wird geschlossen bei der KZVB-Wahl antreten**

Beim Punkt KZVB-Arbeit herrschte große Unzufriedenheit bei den Delegierten. Sie fordern den Gesetzgeber auf, die Hauptamtlichkeit der Vorstände wieder abzuschaffen. Aus Erfahrung in Bayern stelle die

derzeitige Regelung „eine politische Disziplinierung der Selbstverwaltung dar, die auf lange Sicht zu einer Entfremdung und Verselbstständigung ihrer Führungsspitze führt“. Die Leitung eines Freien Berufes gehöre in die Hände von ehrenamtlichen Vorständen. Die wichtigsten Forderungen an die KZVB bzw. die Ziele des Freien Verbandes:

- Größeren Einfluss der Ehrenamtsträger in der KZVB;
- Rückkehr zur demokratischen Wahl der Bezirksstellenvorsitzenden – statt deren Berufung durch den Vorstand;
- die Abschaffung des zusätzlichen Verwaltungsbeitrags von Euro 30 pro Mitglied und Monat;
- die Einschränkung der Befugnisse des Vorstandsvorsitzenden;
- die Abschaffung der Bonuszahlungen an den KZVB-Vorstand.

### **Der FVDZ Bayern wieder mitgliederstärkster Landesverband**

Der Landesvorsitzende hatte zuvor verkündet, dass Bayern seit März 2010 wieder der mitgliederstärkste Landesverband des FVDZ sei. Dies sei der politischen Arbeit und den Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb des Landesverbandes seit 2008 geschuldet und sei vollumfänglich gelungen. Als sehr konstruktiv bewertete Dr. Welsch die Zusammenarbeit mit der BLZK und insbesondere mit den Präsidenten Michael Schwarz und Christian Berger. Der FVDZ Bayern und die Kammer hätten die gemeinsame Zielsetzung, den Praxen möglichst viel Freiraum zu erhalten bzw. zu schaffen, ihnen auf der anderen Seite aber Hilfestellung und Unterstützung zu geben, wo es notwendig sei. Als Beispiel nannte er die von der BLZK hervorragend gelungene Verknüpfung von Präventionskonzept und Qualitätsmanagement. Anders die Arbeit in der KZVB. Besonders kritisch sieht Welsch den autokratischen Führungsstil des hauptamtlichen Vorstands und die Verschärfung der Abrechnungsregeln im BEMA zu Lasten der Kollegen/innen in Bayern. „Dies kann mit Fug und Recht als kalkulatorischen Honorardiebstahl bezeichnet werden - insbesondere im Bereich der Anästhesieleistungen und Füllungen mit IP5“, so Welsch.

### **Leitbild: Der zahnärztliche Generalist**

Als Festredner hatte Kammerpräsident Michael Schwarz eingangs die Frage nach dem „Zahnarzt - ein freier Beruf?“ gestellt. Er machte das Leitbild der Berufsausübung am zahnärztlichen Generalisten fest. Wenn man versuche, den berufsfertigen Zahnarzt gegen den berufsfähigen auszutauschen, werde er mit Leidenschaft auch auf Bundesebene dagegen kämpfen. Er hatte in seinem Vortrag vieles angesprochen, was die Landesversammlung später mit Anträgen unterstützte – auch bezüglich der Ehrenamtlichkeit in den Körperschaften. Man habe einen Gestaltungsauftrag in Kammer und KZV. Wer dies nicht wahrnehme, überlasse es jenen, die vielleicht nicht so freiberufliche Interessen vertreten würden.

### **Resolution für ein sicheres und sozial gerechtes Gesundheitswesen**

Wie stellt sich der FVDZ Bayern die Zukunft des Gesundheitswesens vor? Die Positionierung des Verbandes erfolgte einstimmig: „Eigenverantwortung wo möglich – Solidarität wo nötig“ lautet die Kernforderung der ohne Gegenstimme verabschiedeten Resolution. Landesvorsitzender Dr. Jürgen Welsch formulierte die Grundsätze für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen, dem die Landesversammlung uneingeschränkt zustimmte: „Alle Gesundheitsleistungen müssen allen Bürgern in freier (Zahn-)Arztwahl und ohne Schranken offen stehen. Solidarisch finanzierte Gesundheitsleistungen sind auf das Maß des individuell Notwendigen zu begrenzen. Gleichzeitig darf hierbei die Allgemeinheit nur soweit belastet werden, wie dies wirtschaftlich und auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit tragbar ist.“

6310 Zeichen